



Funded by
the European Union

2024-02-20

Neues Horizon EU Projekt - InvigoratEU Wegbereitung für Europas Zukunft

Mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien hat sich die Zahl der offiziellen Beitrittskandidaten zur Europäischen Union auf zehn erhöht. Dies bedeutet, dass die EU-Erweiterung erneut eine Schlüsselstrategie ist, um in Zeiten neuer geopolitischer Herausforderungen zu mehr Stabilität und Wohlstand in ganz Europa beizutragen. InvigoratEU - ein neues Horizon EU-Projekt, das vom EU-Lehrstuhl an der Universität Duisburg-Essen (UDE) gemeinsam mit dem Institut für Europäische Politik (IEP) in Berlin koordiniert wird - untersucht ab dem 1. Januar 2024, wie die EU ihre künftigen Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn und den Ländern des westlichen Balkans gestalten kann. Das Konsortium wird in den nächsten drei Jahren mit rund drei Millionen Euro von der EU gefördert. Die Auftaktkonferenz findet vom 20. bis 21. Februar 2024 in Tiflis statt - zwei Jahre nach dem Beginn des russischen Krieges in der Ukraine.

Wie kann die EU ihre Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik stärken? Kann sie die künftige Resilienz Europas über seine Grenzen hinaus sicherstellen? Das Projekt InvigoratEU, an dem mehr als 50 Forschende aus verschiedenen EU- und Nicht-EU-Ländern beteiligt sind, will diese Fragen beantworten und verfolgt dabei drei Hauptziele:

1. Neue Strategien für ein starkes Europa: Angesichts eines geopolitischen Wendepunkts wollen die Forschenden vor allem untersuchen, wie die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik reformiert werden muss, wie auf die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ambitionen Russlands, Chinas, der USA und der Türkei in der östlichen Nachbarschaft und auf dem westlichen Balkan zu reagieren ist und wie das außenpolitische Arsenal der EU umgebaut werden muss, um sich auf die neue Ära der militärischen Interventionen vorzubereiten. Es werden neue Datensätze erstellt - z. B. eine öffentliche Meinungsumfrage, ein Index des externen Einflusses und ein Scoreboard für die Einhaltung von Sozialstandards.

2. Entwicklung einer zukunftsorientierten Vision: Es werden neue institutionelle Rahmenbedingungen entworfen - sowohl für die Politik als auch für die Ausbildung in Schulen und Universitäten. Zu diesem Zweck entwickeln die Forschenden Szenarien, Visionen und Strategien und organisieren europaweit Youth Labs, Workshops für junge Fachkräfte und politische Debatten. Ziel ist es, dass junge Europäer:innen politische Empfehlungen für europäische und nationale politische Akteure entwickeln, die am Ende des Projekts in Brüssel und europäischen Hauptstädten vorgestellt werden.

3. Breite Kommunikation der Ergebnisse: Eine CDE-Strategie ("Communication, Dissemination and Exploitation") ist von zentraler Bedeutung für das Erreichen des Projektziels - die aus den Forschungsergebnissen abgeleiteten Empfehlungen sollen vom ersten Tag an kommuniziert, verbreitet und genutzt werden.

"Das Projekt", so Prof. Michael Kaeding (UDE EU-Vorsitzender und Koordinator von InvigoratEU), "kommt zum richtigen Zeitpunkt. Wir brauchen gute Antworten auf die Frage, wie wir die westlichen Balkanländer, die Ukraine, Moldawien und Georgien in die EU integrieren können, um Europa auf die Zukunft vorzubereiten". "Das Besondere an InvigoratEU ist, dass es sich um ein Konsortium handelt, das die Vielfalt Europas und seine politischen Perspektiven berücksichtigt." Sieben der 18 Mitglieder kommen aus Georgien, Moldawien, der Ukraine und den westlichen Balkanländern (Nordmazedonien, Montenegro, Serbien). Ergänzt werden sie durch ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure mit neun Vertretern aus allen Ländern des westlichen Balkans, Georgien, Moldawien und der Ukraine.

Weitere Informationen:

<https://invigorat.eu/>

Kontakt:

Funda Tekin

E funda.tekin@iep-berlin.de

T +49 (0)30 88 91 34 0

Julia Winter (Pressereferentin)

E julia.winter@iep-berlin.de

T +49 (0)30 88 91 34 85

Über das IEP:

Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist eine gemeinnützige, überparteiliche Organisation, die sich mit der europäischen Integration beschäftigt. Das Berliner Institut zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Mitarbeitenden arbeiten national und transnational an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Ihre Aufgabe ist es, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen, um dann die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern.

Das IEP bietet ein bürger:innennahes, europäisches und interdisziplinäres Forum sowie eine Plattform für europapolitische Debatten von Expert:innen.